

https://report24.news/macron-fordert-einfuehrung-eines-globalen-steuersystems-zur-bekaempfung-des-klimawandels/?feed_id=31663

27.6.2023

Macron fordert Einführung eines globalen Steuersystems zur Bekämpfung des "Klimawandels"

Die Globalisten brauchen für ihre Pläne zur angeblichen "Klimarettung" viel mehr Geld. Ein neues globales System von Klimasteuern soll laut Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dazu beitragen. Die einzelnen nationalen Maßnahmen reichen laut Macron nicht aus, sagte er auf dem Gipfel für einen neuen globalen Finanzierungspakt am Freitag in Paris argumentierte Macron, dass die Maßnahmen einzelner Regierungen nicht ausreichen würden, um den angeblichen Weltuntergang (der ohnehin nur [eine Propagandabehauptung der Klimafanatiker](#) ist) zu bekämpfen, und dass daher ein neuer internationaler Steuerrahmen geschaffen werden sollte.

"Ich bin für eine **internationale Besteuerung**, um die **Anstrengungen zu finanzieren**, die wir im Kampf gegen die Armut und für den **Klimaschutz** unternehmen müssen", sagte der französische Präsident in einem von "[Politico](#)" veröffentlichten Kommentar. "Es funktioniert nicht, wenn man es alleine macht, die [Finanz-]Ströme gehen woanders hin", fügte Macron hinzu, während er Forderungen nach einer neuen Vermögenssteuer in Frankreich zur Finanzierung der grünen Agenda zurückwies.

<https://www.n-tv.de/politik/Die-neuen-AfD-Protestwaehler-sind-anders-als-gedacht-article24220504.html> 27.6.2023

Die neuen AfD-Protestwähler sind anders als gedacht

Die AfD wächst in Umfragen zur zweitstärksten Partei in Deutschland und hat nun eine erste Landratswahl in Thüringen mit

52,8 Prozent gewonnen. Doch wer folgt den Rechtspopulisten tatsächlich? Und was wollen sie wirklich?

Wer sind die Millionen Deutschen, die plötzlich aus Protest über die Berliner Politik zu AfD-Sympathisanten werden? Meinungsforscher und Soziologen haben die Milieus genau untersucht - ihre Ergebnisse sind verblüffend. Das gefühlte Bild von älteren Missmutigen und abgehängten Rechten aus sozialen Brennpunkten ist falsch. Die **neuen AfDler sind wohl situiert, mittleren Alters und leben in friedlichen Landstrichen**. Auch der Bildungsgrad zeigt, dass es sich eher um die **Mitte der Gesellschaft** handelt. Immer mehr Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder kommen hinzu - für die SPD ein Alarmsignal. Vor allem, da die neuen Protestwähler zugleich klare Forderungen an die SPD-geführte Regierung haben.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article246093448/Sonneberg-Thueringer-AfD-nennt-Demokratiecheck-fuer-Sesselmann-Skandal.html>

29.6.2023

Thüringer AfD nennt Demokratiecheck für Sesselmann „Humbug und Skandal“

Von Amts wegen überprüft das Innenministerium in Erfurt die Gesinnung von Robert Sesselmann. Beim Gewinner der Landratswahl in Sonneberg bestünden Zweifel, ob er für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintrete. Für die AfD ist der Vorgang ein „Skandal“.

Das **Thüringer Landesverwaltungsamt** soll beim [Sieger der Landratswahl im Landkreis Sonneberg](#), dem AfD-Politiker Robert Sesselmann, einen **Demokratie-Check** durchführen.

Der parlamentarische **Geschäftsführer der Thüringer AfD-Fraktion, Torben Braga**, bezeichnete das als rechtswidrig. „Humbug, rechtswidrig,

ein Angriff auf die Demokratie und ein Skandal“, sagte Braga am Mittwoch bei der Landespressekonferenz im Thüringer Landtag auf die Frage, was er von der Überprüfung hält.

Braga kritisiert das Vorgehen als „Gesinnungsprüfung“ und kündigte an, dass die AfD den Vorgang in einer Aktuellen Stunde im Landtag thematisieren will.

Die **Überprüfung gebe es von Amts wegen**, sagte Thüringens **Innenstaatssekretärin Katharina Schenk** (SPD) am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur. Hintergrund sind Regeln im Thüringer Kommunalwahlgesetz.

Darin heißt es, als Landrat dürfe nicht gewählt werden, „wer nicht die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung eintritt“. Dies sei der Prüfmaßstab, sagte Schenk.

In Sesselmanns Fall bestünden Zweifel, weil die **Thüringer AfD vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft** wurde. Es handele sich um eine Einzelfallüberprüfung, das Ergebnis sei völlig offen.

<https://auf1.info/nach-putsch-versuch-dugin-fordert-von-putin-saeuberungen-bei-polit-eliten> 26.6.2023

Nach Putsch-Versuch: Dugin fordert von Putin Säuberungen bei Polit-Eliten

Von AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet

Jetzt hagelt es schonungslose Kritik von absolut linientreuen Russen! Alexander Dugin kritisiert die Moskauer Elite, fordert gar einen radikalen Austausch der Führung. Putin allein hätte patriotisch gehandelt – der Rest wäre wertlos und

verabscheuenswürdig. Spannende Einblicke in die innerrussische Manöverkritik!

Der wichtige russische Ideologe Alexander Dugin spricht nach dem Putsch-Versuch vom Samstag offen von „Schwächen des russischen Systems“. Er geht noch weiter und fordert von Putin eine sofortige „Rotation der Eliten“. Die aktuelle russische Führungsschicht nennt er „verabscheuenswürdig“. Was aus politischer und historischer Sicht hochspannend ist: Putin wählte bei seinem Aufstieg einen Weg der Stärke und der Macht – aber: Er vertrat bewusst keine Weltanschauung oder Ideologie. Genau dieses fehlende Fundament könnte jetzt katastrophale Auswirkungen haben.

Putin vermied verbindliche Grundsätze, vermied jede Weltanschauung. Er, nur er, gab Richtung und Weg vor – vermied dabei aber stets Ideologie. Eine einende Weltanschauung. Das war in einer scheinbar post-ideologischen Welt zeitgemäß und zweckmäßig.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/in-wahrheit-noch-nicht-beschlossen-hat-habeck-zu-fruh-vermeintliche-erfolge-verkundet-10051438.html>

26.6.2023

In Wahrheit noch nicht beschlossen“: Hat Habeck zu früh vermeintliche Erfolge verkündet?

Stolz stellte Wirtschaftsminister Habeck ein neues **Klimaschutzprogramm** vor. Eine **Anfrage von CDU-Politiker Jens Spahn** zeigt, dass es noch im „Konsultationsverfahren“ steckt.

In der Opposition gibt es jedoch große Zweifel an Habecks Rechnung und seinen Ankündigungen. „Was Habeck als Erfolg verkauft, **ist in Wahrheit noch nicht mal beschlossen**“, sagt **Jens Spahn**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU, dem Tagesspiegel.

Der frühere Gesundheitsminister hat das **Wirtschaftsministerium zu dem Klimaschutzprogramm befragt**. Aus der Antwort aus dem Hause Habecks, das dem Tagesspiegel vorliegt, geht tatsächlich hervor, dass der Minister offenbar verfrüht Vollzug meldete.

„**Das Klimaschutzprogramm 2023** soll nach einem öffentlichen Konsultationsverfahren von der Bundesregierung schnellstmöglich beschlossen werden“, heißt es in dem Schreiben, das der [neue Staatssekretär Philipp Nimmermann](#) gezeichnet hat. Den **Entwurf des Programms habe das Kabinett „zur Kenntnis genommen“**.

In der **Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums** hatte es noch geheißen: „Die Bundesregierung hat heute das Klimaschutzprogramm 2023, die Novelle des Klimaschutzgesetzes sowie Änderungen im Straßenverkehrsgesetz **verabschiedet**.“

Für CDU-Politiker Spahn passt das nicht zusammen: „Die Ampel baut beim Klimaschutz gerade Potemkinsche Dörfer auf“, sagt er in Anlehnung an den russischen Fürsten, der der Zarin Katharina der Großen im 18. Jahrhundert Dorfattrappen gezeigt haben soll.

Auch an der **Klimalücke**, die Habeck zu 80 Prozent geschlossen haben will, **hat Spahn Zweifel**. Diese Prognose beruhe auf den Ergebnissen der **Modellierungen für den noch unveröffentlichten Klimaschutz-Projektbericht**, heißt es aus einer weiteren Antwort des Wirtschaftsministeriums. Diese Modellierung jedoch basiert auf dem Klimaschutzprogramm 2023 - das bislang aber ja **nur als Entwurf** vorliegt.

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/klimaproteste-umfrage/>
26.6.2023

Klimaproteste verlieren an Rückhalt

Die Klimaproteste der „Letzten Generation“ stoßen auf breites Medienecho und auf **breite Ablehnung**, wie eine **neue Umfrage** zeigt. Demnach verlieren die Klimaradikalen an Zustimmung; sogar dort, wo man es nicht erwartet.

BERLIN. Die Deutschen haben die Nase voll vom Klimakampf auf den Straßen. Die Blockaden der Klimaproteste betrachten 85 Prozent der Bürger als ungerechtfertigt. Das hat eine Umfrage vom „**Infratest dimap**“ im Auftrag des SWR ergeben. Im Oktober 2019 betrug die Akzeptanzrate für diese Maßnahmen mit 24 Prozent noch fast das Doppelte.

Die **Ablehnung zieht sich quer durch das politische Spektrum:**

Lediglich die Anhänger der **Grünen sind in der Frage gespalten**. Knapp die Hälfte ihrer Anhänger (48 Prozent) sieht diese Protestform als gerechtfertigt an, die andere Hälfte nicht (49 Prozent). Auf sehr wenig Zuspruch stößt die „[Letzte Generation](#)“ hingegen bei den Wählern der Koalitionspartner SPD (elf Prozent) und der FDP, die mit drei Prozent die geringste Akzeptanz aufweisen.

Darüber hinaus fordert mit **56 Prozent die Mehrheit der Befragten schärfere Strafen für die „Letzte Generation“**, ein Viertel (25 Prozent) findet die aktuellen Möglichkeiten angemessen. Wenige, nämlich elf Prozent der Umfrageteilnehmer, halten das bisherige Vorgehen des Staates für zu hart.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2023-06/statistisches-bundesamt-anstieg-inobhutnahme-kinder-jugendliche-jugendaemter>

26.6.2023

Zahl der Inobhutnahmen um 40 Prozent gestiegen

Im vergangenen Jahr haben die **Jugendämter mehr als 66.000 Kinder und Jugendliche zu deren Schutz aufgenommen**. Viele waren **unbegleitet aus dem Ausland eingereist**.

Die Jugendämter haben im vergangenen Jahr 40 Prozent mehr Kinder und Jugendliche zu deren Schutz vorübergehend in Obhut genommen. Insgesamt stieg die Zahl auf 66.400, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Bereits im Vorjahr war die [Zahl der Inobhutnahmen leicht gestiegen](#).

Hauptgrund für den Anstieg in beiden Jahren waren laut Statistikamt mehr unbegleitet eingereiste Minderjährige aus dem Ausland. Während die Inobhutnahmen aus diesem Grund 2021 lediglich um 49 Prozent zugenommen hatten, stiegen sie 2022 um 17.300 Fälle oder 153 Prozent.

In den meisten Fällen – nämlich rund **29.800 – wurden Minderjährige wegen dringender Kindeswohlgefährdungen** in Obhut genommen, ein Anstieg von fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 28.600 wurden nach unbegleiteten Einreisen in Obhut genommen, 8.000 hatten selbst um den Schutz gebeten.

Mit 48 Prozent konnte fast jede zweite Inobhutnahme nach spätestens zwei Wochen beendet werden, jede dritte nach einer Woche. Gut jede zehnte Schutzmaßnahme dauerte den Angaben zufolge mit drei Monaten oder mehr vergleichsweise lang.

Nach Beendigung **der Maßnahme kehrten 37 Prozent der Kinder und Jugendlichen an ihren bisherigen Lebensmittelpunkt zurück** – zu den Sorgeberechtigten, in die Pflegefamilie oder das Heim. **36 Prozent bekamen ein neues Zuhause** in einer Pflegefamilie, einem Heim oder einer betreuten Wohnform.

<https://pleiteticker.de/gruener-plan-mit-steuergeldern-bundesregierung-will-afd-aussteiger-finanzieren/> 28.6.2023

Grüner Plan mit Steuergeldern: Bundesregierung will AfD-Aussteiger finanzieren!

Es ist das gefährlichste Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, obwohl es einen so schönen Namen trägt: das Demokratieförderungsgesetz.

Die Ampel-Regierung will sich **mit diesem Gesetz das Recht sichern**, direkt Organisationen finanziell zu fördern, die ihr als besonders demokratisch wertvoll erscheinen. Wörtlich heißt es im Gesetz: „Der Bund soll gesetzlich ermächtigt werden, **eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung** zu ergreifen.“ Das Ergebnis: Viel Geld für linke und grüne Organisationen, wenig oder gar kein Geld für bürgerliche und konservative Organisationen.

Jetzt will die Grüne Partei das **Demokratieförderungsgesetz einsetzen, um gezielt die AfD zu schwächen und „Ausstiegsprogramme“ für AfD-Mitglieder oder Wähler zu finanzieren**. Das verkündete **Grünen-Chefin Ricarda Lang auf einer Pressekonferenz**.

Man habe es im **thüringischen Sonneberg** mit einem Landesverband der AfD zu tun, der **klar als rechtsextrem** eingestuft werde, so Lang. Und weiter wörtlich: „Das heißt natürlich, dass wir beim Thema Demokratieförderung, wenn es um Ausstiegsarbeit geht, wenn es um Schulbildung und politische Bildung geht, diese Institutionen unterstützen. Ein Blick geht da natürlich auf das Demokratieförderungsgesetz. Ich will hier die wichtige Arbeit vieler kleiner Initiativen hervorheben. Die haben unsere Solidarität verdient. **Solidarität muss dann aber auch politische Unterstützung bedeuten.**“

Heißt im Klartext: Die Grüne Partei will per Gesetz Steuergelder ausgeben, um einen politischen Mitbewerber zu schwächen, der sich besonders klar gegen grüne Politik positioniert. Schon in der Schule, so Lang, soll mit Fördermitteln der Regierung gegen die AfD gearbeitet werden. **AfD-Mitglieder sollen mit Programmen der Bundesregierung zum Parteiaustritt bewegt werden.**
